



VdL vor Ort: Interview mit Europa-Abgeordneten

Angesichts der Europawahlen am 9. Juni 2024 intensiviert der VdL seine Bemühungen, die Interessen der Branche auf EU-Ebene zu vertreten und den Dialog zwischen Mitgliedsunternehmen und politischen Entscheidungsträgern zu fördern.

Die Ergebnisse dieser Wahlen werden nicht nur die zukünftigen Mitglieder des Europäischen Parlaments bestimmen, sondern auch die politische Agenda und die Prioritäten der Europäischen Kommission in Brüssel beeinflussen, besonders im Zusammenhang mit dem Green Deal und anderen Transformationsprozessen. Daher ist es entscheidend, die Anliegen der "Downstream-User" und "Formulierer" in Brüssel zu vertreten und die Position der Farbenbranche im Gesetzgebungsprozess zu stärken.

Vor diesem Hintergrund hat der VdL vier Europa-Abgeordnete führender demokratischer Parteien zu unseren Branchenthemen interviewt und ihnen drei Fragen gestellt:

1. Bedeutung der Europawahlen

Wir leben in sehr komplexen und politisch herausfordernden Zeiten: Welche Bedeutung haben die EU-Wahlen aus Ihrer Sicht für die Zukunft der EU und speziell für die europäische Wirtschaft?

2. Beitrag der Branche bei der Umsetzung der Green Deal Ziele

Die Produkte der Lack- und Druckfarbenindustrie spielen eine bedeutende Rolle bei der Erreichung der Green-Deal-Ziele. Allerdings wird das breite Rohstoffportfolio durch die fortschreitende Chemikalienregulierung zunehmend eingeengt. Wie soll im Rahmen der zukünftigen Anpassungen des Chemikalienrechts sichergestellt werden, dass die Branche erfolgreich wirtschaften kann?

3. Forcierung des Bürokratieabbaus und Fachkräftegewinnung

Was wären für Sie konkrete Maßnahmen auf europäischer Ebene, um insbesondere den mittelständischen Unternehmen der Farbenbranche Erleichterungen durch Bürokratieabbau zu ermöglichen? Fachkräftegewinnung ist ebenfalls ein bedeutendes Thema. Welche Strategien würden Sie in der nächsten Legislaturperiode für die Fachkräftegewinnung verfolgen?

„Keine ordnungspolitische Keule“

Andreas Glück (FDP), geb. 1975, Chirurg, geboren in Münsingen/Baden-Württemberg, fordert eine Wende bei der Bürokratie.



1. Bedeutung der Europawahlen

Die letzten fünf Jahre haben die EU mit außergewöhnlichen Herausforderungen konfrontiert. Ereignisse wie der Brexit, die COVID-19-Pandemie, die Umsetzung des Green Deals und nicht zuletzt der russische Angriffskrieg haben die europäische Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt. Es ist wichtig, dass die weitreichenden Nachwirkungen dieser Geschehnisse auch im kommenden Mandat effizient und nachhaltig aufgearbeitet werden. Dafür ist es unerlässlich, mehr Abgeordnete im Parlament zu haben, die für Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Technologieoffenheit und attraktive Bedingungen für die Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen eintreten.

Andreas Glück

Fraktion: Renew Europe (FDP)
Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittel-Sicherheit. Seit 2019 im EU-Parlament.

2. Beitrag der Branche bei der Umsetzung der Green Deal Ziele

Der Green-Deal wird während der nächsten Legislatur eines der wichtigsten Themen der EU-Politik bleiben. Statt durch starre Verbotspolitik, gelingt es uns allerdings nur durch technologieoffene und innovative Lösungen den Weg in die Klimaneutralität zu beschreiten. Pauschale Verbote ganzer Stoffgruppen lehnen wir ab. Stattdessen sollte wissenschaftlich-fundiert erörtert werden, welche Stoffe wirklich beschränkt oder ersetzt werden müssen und können. Nur durch diese Art von individuell-risikobasierter Betrachtung kann es uns gelingen, effiziente Lösungen für diesen komplexen und vielschichtigen Themenbereich zu finden.

3. Forcierung des Bürokratieabbaus und Fachkräftegewinnung

Es bringt nichts, wenn die EU und die von der Leyen-Kommission weiterhin die ordnungspolitische Keule schwingen. Gerade für die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft darstellen, muss es endlich eine Wende bei der Bürokratie geben. Dafür machen wir uns gerade mit der „One in - two out“-Regel stark. Für jede neue EU-Regulationsbelastung, die eingeführt wird, muss demnach gleichzeitig das doppelte Maß an bereits bestehenden Bürokratie-Regulatoren abgebaut werden. Mit der Einführung von einem „Ablaufdatum für Gesetze“ können wir zudem verhindern, dass immer mehr und mehr Bürokratie anwächst.

„Es bringt nichts, wenn die EU und die von der Leyen-Kommission weiterhin die ordnungspolitische Keule schwingen. Gerade für die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft darstellen, muss es endlich eine Wende bei der Bürokratie geben.“

Um dem akuten Fachkräftemangel entgegenzuwirken, fordern wir stärkere Harmonisierungen des Einwanderungsrechts. Neben klareren und strengen Regeln in der Flüchtlingsgesetzgebung, gilt es kompetente Fachkräfte aus Drittstaaten in den europäischen Arbeitsmarkt zu integrieren. Ein wichtiger Schritt hierbei wäre es zum Beispiel, die „European Blue Card“ endlich auch für Nicht-Akademiker-Fachkräfte zugänglich zu machen. Wir schlagen außerdem einen europäischen Talentpool vor, um Europas Bedarf an Fachkräften zu decken und Migration zu steuern.

„Wir brauchen eine Entbürokratisierung des Chemikalienrechts“

Peter Liese (CDU), geb. 1965, Mediziner, geboren in Olsberg, Nordrhein-Westfalen, möchte sich in der nächsten Legislatur für Industriepolitik einbringen.



1. Bedeutung der Europawahlen

Die Europawahl ist von entscheidender Bedeutung. Erstens geht es um die Zukunft der Europäischen Union, auch und gerade für unsere Industrie. Ich vertrete mit unserer Fraktion die Position, dass wir sehr viel stärker als bisher darauf achten müssen, dass europäische Entscheidungen der Industrie

Rückenwind und keinen Gegenwind bringen. Zwar liegt die Hauptursache der gegenwärtigen Rezession in Deutschland, was man allein daran sehen kann, dass andere europäische Länder tatsächlich noch Wachstum haben. Trotzdem hat Europa hier eine Verantwortung. Leider hat sich in den letzten Jahren

im Europäischen Parlament insbesondere in Umweltangelegenheiten oft eine Mehrheit aus Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen und Linken durchgesetzt, die weniger auf pragmatische Lösungen, sondern auf Verschärfungen wert gelegt hat. Der zweite wichtige Grund ist das Erstarren der Anti-Europäer in vielen europäischen Ländern. Wie viele Experten, z.B. vom Institut der Deutschen Wirtschaft, deutlich gemacht haben, ist der europäische Binnenmarkt für uns unverzichtbar. Es treten jedoch auch Parteien wie die AfD an, die über einen Dexit oder ein Sterben der EU fabulieren. Dies wäre für unseren Wirtschaftsstandort eine Katastrophe.

2. Beitrag der Branche bei der Umsetzung der Green Deal Ziele

Ich glaube in der Tat, dass wir bei der Umsetzung des Green Deal stärker auf die Notwendigkeit des Klimaschutzes achten müssen. Andere Überlegungen, wie die Verschärfung des Chemikalienrechts, stehen dem Ziel teilweise sogar im Weg. Deswegen bin ich sehr froh, dass es mir gemeinsam mit anderen gelungen ist, Ursula von der Leyen davon zu überzeugen, eine Verschärfung des europäischen Chemikalienrechts vom Tisch zu nehmen. Wir brauchen viel mehr eine Entbürokratisierung des bestehenden Chemikalienrechts. Dafür werde ich mich in der nächsten Legislatur einsetzen.

Peter Liese
Fraktion: EVP (CDU)
Koordinator (Sprecher) der EVP
im Ausschuss für Umweltfragen,
öffentliche Gesundheit und
Lebensmittelsicherheit.
Seit 1994 im EU-Parlament.

3. Forcierung des Bürokratieabbaus und Fachkräftegewinnung

Wir oben erwähnt, trete ich für eine Entbürokratisierung des Chemikalienrechts ein. Auch an anderer Stelle müssen wir darauf hinarbeiten, die notwendigen Schutzziele, z.B. menschliche Gesundheit und Umwelt, mit weniger Papierkram und weniger Auflagen zu erreichen. Die Ernennung des KMU-Beauftragten der Europäischen Kommission Markus Pieper ist hier ein wichtiges Signal. Was die Fachkräftegewinnung angeht, ist dies in erster Linie eine nationale Aufgabe. Ich unterstütze die Vorschläge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, durch eine eigene Institution die Zuwanderung von Fachkräften nach Deutschland unabhängig vom Asylrecht zu erleichtern. Was Europa angeht, müssen wir die gegenseitige Anerkennung verbessern. Auch was das Thema Fachkräftegewinnung angeht, wäre ein Erstarren der Rechtsextremen gerade in Deutschland eine Katastrophe. Auch deshalb ist die Europawahl von so großer Bedeutung.

„Es gilt, die Chemikalienpolitik zu vereinfachen“

Jutta Paulus (Grüne), geb. 1967, Pharmazeutin, geboren in Gießen (Hessen), wohnhaft in Rheinland-Pfalz, strebt die Vereinfachung von Vorgaben und Regularien an.



1. Bedeutung der Europawahlen

Die kommenden Wahlen entscheiden über die generelle Ausrichtung der Europäischen Union und ihre wirtschafts- wie geopolitische Rolle. Kommt es, wie von den Christdemokraten angestrebt, zu einer Koalition zwischen Europäischer Volkspartei und der euroskeptischen EKR-Fraktion, droht ein Rückschritt des Erreichten bei Klimaschutz, der Bekämpfung sozialer und gesellschaftlicher Ungleichheit und der Transformation der Industriegesellschaft. Zudem steht die EKR-Fraktion für eine stärkere Rolle der Mitgliedstaaten und eine Schwächung der Europäischen Union. Für die Exportnation Deutschland ist der Erhalt gemeinsamer Standards jedoch elementar.

2. Beitrag der Branche bei der Umsetzung der Green Deal Ziele

Im Sinne einer vorausschauenden Politik ist es immens wichtig, einen politischen Rahmen für zukunftsfähige Produkte festzulegen. Das aktuelle Beispiel PFAS zeigt, dass die Regulierung „am Ende der Kette“ letztendlich dazu führt, dass Anwender große Schwierigkeiten bekommen, wenn problematische Stoffe aufgrund der massiven gesundheitlichen Auswirkungen vom Markt genommen werden müssen. Aus meiner Sicht ist es daher sinnvoll, mittels einer Liste von Positivkriterien den gesamten Chemikaliensektor nachhaltiger zu gestalten. Der Green Deal ist nicht allein ein Climate Deal, sondern muss auch die beiden anderen großen ökologischen Krisen, Biodiversitätsverlust und Umweltverschmutzung, adressieren.

Jutta Paulus

Fraktion: Die Grünen/ FEA
Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.
Seit 2019 im EU-Parlament

3. Forcierung des Bürokratieabbaus und Fachkräftegewinnung

Gerade als Pharmazeutin weiß ich, dass es in der Chemikalienpolitik eine Vielzahl verschiedener Vorgaben und Regulierungen zu vereinfachen gilt.

Der Ansatz „One substance, one hazard assessment“ würde viele Kosten und viel Bürokratie bei der Risikobewertung einsparen, da heute ein und dieselbe Substanz je nach Anwendung (Tensid, Biozid, Pharma-Hilfsstoff) mehrfach getestet und bewertet werden muss. Die Fachkräftegewinnung in Deutschland ist nicht Gegenstand europäischer Gesetzgebung. Ein Blick in unsere europäischen Partnerländer zeigt jedoch, dass weniger oft mehr ist: einfachere Anerkennung von Berufs- und Hochschulabschlüssen, Arbeitserlaubnis für Asylsuchende ab dem ersten Tag, Vermittlung in geeignete Beschäftigungsverhältnisse auch für Deutsch-Anfänger.

„Gerade als Pharmazeutin weiß ich, dass es in der Chemikalienpolitik eine Vielzahl verschiedener Vorgaben und Regulierungen zu vereinfachen gilt.“

„Lacke und Farben sollen wirtschaftlich bleiben“

Tiemo Wölken (SPD), geb. 1985, Rechtsanwalt, geboren in Otterndorf, Niedersachsen, setzt sich für eine erfolgreiche europäische Wirtschafts- und Industriepolitik ein.



1. Bedeutung der Europawahlen

Die kommenden Wahlen sind extrem relevant - sowohl durch die politischen Richtungsentscheidungen, die wir in der nächsten Legislaturperiode werden treffen müssen als auch durch die allgemeine politische Situation. Zu den anstehenden politischen Entscheidungen zählen grundlegende Beschlüsse für die Klimapolitik nach 2030, eine sehr viel stärker ausgeprägte Industrie- und Sozialpolitik als Grundlage für den Green Deal, die Bereitstellung von sauberer Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen, die Rückkehr einer militärischen Sicherheitslogik nach Europa, Migration und die Neuausrichtung unserer Handelspolitik - um nur einige zu nennen. Es gibt also sehr viel zu tun.

Zugleich ist die politische Situation riskant: Wir sehen in vielen Mitgliedsstaaten ein Comeback der Rechtspopulisten und Anti-Europäer. Die Europäische Volkspartei wird sich nach den Wahlen entscheiden müssen, ob sie weiterhin mit diesen Kräften zusammenarbeiten will, wie sie es zum Ende dieser Legislaturperiode schon einige Male getan hat, oder ob es eine Koalition der politischen Mitte gibt. Wenn wir Europa jedoch den Rechten überlassen, sind sowohl unsere Klima- und Umweltziele als auch unsere internationale Wettbewerbsposition, die zu einem wesentlichen Teil auf fortschrittlichen Handelsabkommen beruht, in Gefahr.

2. Beitrag der Branche bei der Umsetzung der Green Deal Ziele

Wir wollen einen verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen fördern und die Gesundheit schützen. Dort, wo Unternehmen Stoffe nur deshalb einsetzen, weil es profitabler ist, aber eigentlich bessere und umweltverträgliche Alternativen zu wirtschaftlich vertretbaren Preisen zur Verfügung stehen, muss es möglich sein, den Gebrauch einzuschränken. Zudem muss die Entwicklung von umweltfreundlichen Substituten gefördert werden. Dies werden wir auch bei der Weiterentwicklung von REACH berücksichtigen. Die EU und der Produktionsstandort Deutschland können bei der Substituierung mit ihren innovativen Unternehmen eine wichtige Rolle spielen und Vorreiter sein. Selbstverständlich muss es jedoch auch zukünftig möglich sein, chemische Produkte wie Lacke und Farben wirtschaftlich produzieren zu können. Bei der Reform der Chemiepolitik im Rahmen einer ambitionierten Umweltpolitik werden wir deshalb selbstverständlich auch berechnete Belange von Unternehmen, insbesondere von KMU, berücksichtigen.

Tiemo Wölken

Fraktion: S&D (SPD)
Koordinator (Sprecher) der S&D im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.
Seit 2016 im EU-Parlament.

„Für eine erfolgreiche aktive Wirtschafts- und Industriepolitik wollen wir auf europäischer Ebene - wo immer möglich - Bürokratie abbauen, um Planungsprozesse zu beschleunigen und Raum für Unternehmertum und Kreativität zu schaffen.“

3. Forcierung des Bürokratieabbaus und Fachkräftegewinnung

Für eine erfolgreiche aktive Wirtschafts- und Industriepolitik wollen wir auf europäischer Ebene - wo immer möglich - Bürokratie abbauen, um

Planungsprozesse zu beschleunigen und Raum für Unternehmertum und Kreativität zu schaffen. Wir brauchen hierfür eine verantwortungsvolle Reduktion von bürokratischen Hemmnissen im Binnenmarkt, insbesondere für KMUs. Es ist notwendig, langwierige Genehmigungsverfahren und umfangreiche Beihilfeprüfungen zu vereinfachen, insbesondere für Investitionen in die Grüne Transformation. Außerdem werden wir Regionen unterstützen, die vorangehen und Räume ausweisen, in denen mit verkürzten und verschlankten Verfahren vernetzte, klimaneutrale Industriestandorte mit guten Arbeitsbedingungen entstehen. Außerdem wollen wir mehr Kohärenz beim Produkt- und Rohstoffrecht herstellen sowie Doppelregulierung verhindern. Bei diesen Anstrengungen dürfen allerdings die geltenden Sozial-, Umwelt- und Sicherheitsstandards nicht untergraben werden.

Um unsere Wirtschaft zukunftsfähig zu machen, brauchen wir ausreichend viele Arbeitskräfte auf allen Qualifikationsebenen. Hierzu zählen insbesondere gut ausgebildete Fachkräfte. Der demografische Wandel verschärft den Bedarf nach Fachkräften weiter erheblich. Deshalb ist es klar, dass wir auf die Zuwanderung, auch von nicht-europäischen Fachkräften, in der gesamten Europäischen Union angewiesen sind. Die Bundesregierung hat deshalb bereits wichtige Schritte getan und einen lang überfälligen Paradigmenwechsel hin zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft vollzogen, u.a. durch das Chancenaufenthaltsgesetz, dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Aber auch auf europäischer Ebene müssen Fachkräfte gezielt angeworben werden. Hierfür brauchen wir ein verbessertes EU-Fachkräfteeinwanderungsrecht. Wichtig ist hierbei auch, dass wir für diese Fachkräfte ausreichend Wohnraum zur Verfügung stellen und wir für ihre Familien eine Perspektive bieten können, indem sie in die Gesellschaft gut integriert werden. Außerdem ist mir wichtig zu betonen, dass Fachkräfte in gute und qualifikationsgerechte Arbeit vermittelt werden und angemessen bezahlt werden. Dies schafft auch Anreize für jene gut ausgebildeten Spezialist*innen, um die die EU mit anderen Weltregionen konkurriert.

VdL vor Ort

Im Kontext des Politikformats VdL vor Ort haben wir ebenfalls die Position des Verbandes in kurzen One-Pagern zusammengefasst.

Sie finden die One-Pager auf unserer Webseite: [Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V. | Branchenthemen auf einen Blick \(wirsindfarbe.de\)](https://www.wirsindfarbe.de).



Kontakt: Viktoria Tarasenko
tarasenko@vci.de



Verband der deutschen Lack-
und Druckfarbenindustrie e.V.